

Diskussion

"Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" Berthold Brecht

Rückverteilen und die Welt retten

Von Beat Ringger, Zentralsekretär Denknetz
7. März 2013

Die Schere zwischen kleinen und grossen Einkommen ist in den letzten 20 Jahren weit aufgegangen. Das empört die Leute. 68%-Ja-Stimmen zur Abzockerinitiative sind ein "überdeutliches Signal" (NZZ-Schlagzeile am Tag nach der Abstimmung). Vier eidgenössische Volksinitiativen kommen demnächst zur Abstimmung, die nun konkrete Massnahmen fordern: Die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative, die Erbschaftssteuerinitiative und die Initiative der zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Im Kanton Zürich wird der Reigen im Juni mit der Abstimmung über die kantonale Bonzeninitiative der Juso eröffnet, die eine Erhöhung der Steuersätze auf hohen Vermögensanteilen (über 2 Mio Franken) von 0.2% auf 0.45% verlangt

Umverteilen ist ein bürgerlicher Begriff

Viele - auch viele Linke - werden in den kommenden Monaten davon sprechen, dass diese Initiativen den Reichtum umverteilen wollen. Der Begriff ist allerdings irreführend. **Umverteilen tönt nach Wegnehmen.** Die Vorstellung, dass jemandem etwas weggenommen wird, was ihm gehört, behagt nun aber den wenigsten Leuten, und zwar auch dann nicht, wenn diese Person unanständig reich ist. Zwar empfindet eine grosse Mehrheit die hohen Einkommensunterschiede als ungerecht, aber umverteilen ist trotzdem nicht populär. Es ist wesentlich, dass wir andere Worte dafür wählen, um auszudrücken was wir wollen.

Umverteilen ist ein Begriff aus dem bürgerlichen Vokabular, hinter dem sich ein ganzes Geflecht von Denkfiguren verbirgt. Christophe Darbellay, Präsident der CVP, hat neulich im Radio gesagt: **"Wir wissen, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss,**

bevor er ausgegeben werden kann. Deshalb sind wir bürgerlich." In der Aussage von Darbellay finden sich zwei Unterstellungen. Die erste lautet: Die Linke kümmert sich nicht darum, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Die Linke will die Sozialleistungen, die Löhne und die Staatsausgaben ständig erhöhen, ohne sich dafür zu interessieren, woher das Geld kommt. Sie will die Wirtschaft ständig melken, ohne deren Leistungsgrenzen zu berücksichtigen. Die zweite Unterstellung heisst: Diejenigen, die die Franken heute verdienen, verdienen ihn zu recht. Hier braucht es den Gegen-Satz zu Darbellay: **Jeder Franken muss zuerst erarbeitet werden, bevor er „verdient“ werden kann. Deshalb sind wir links.** Hohe Gewinne, Spitzengehälter und Boni werden von den Konzernleitungen, den Managern und den Finanzjongleuren zwar einkassiert, aber nicht erarbeitet. Sie verdienen nicht, was sie 'verdienen'. Die "Wirtschaft" - die Konzerne

und die Finanzinstitute - melken vielmehr die Beschäftigten. Sie verteilen um - von unten nach oben. Das müssen wir aufdecken und thematisieren.

Wir hingegen wollen eben gerade nicht umverteilen, wir wollen vielmehr rückverteilen. Wir wollen insbesondere diejenigen Gelder *zurückholen*, die die reichsten 0.01% dem Rest der Gesellschaft abgezockt haben und weiter abzocken. Rückverteilen ist ein Akt der Gerechtigkeit. Robin Hood, der die Reichen beraubt und einen Teil des Raubgutes an die Armen rückverteilt hat, ist in der Volksseele ein Held, nicht ein Räuber.

Besseres Leben für viele statt Boni für sehr wenige

Die letzten sieben Jahre waren für viele Länder magere Jahre, für manche sogar Jahre eines dramatischen Niedergangs. Nicht so für die Hauptverantwortlichen der Krise, die Grossbanken. Die UBS ist Ende 2008 durch den Bund und die Nationalbank vor dem

Untergang gerettet worden und hat vom Staat in den letzten neun Jahren unter dem Strich 3.1 Mia Franken erhalten. Dafür mussten 310'000 Haushalte je 10'000.- Franken Steuern bezahlen. Dieselbe UBS schüttete von 2006 bis 2012 42 Milliarden Boni aus. Zusammen mit der Credit Suisse sind es in diesen Jahren über **100 Milliarden Gewinn**, 74 Milliarden davon in Form von Boni (Boni sind nichts anderes als der Teil der Gewinne, der an die Topmanager und die Chef-Investmentbanker geht). Diese Zahlen sind schockierend. Boni sind längst keine volkswirtschaftliche Marginalie mehr. Das Geld fehlt anderswo. Ein Beispiel: Um in ganz Afrika allen Betagten eine existenzsichernde Rente zu bezahlen, sind pro Jahr 6 Mia Franken nötig - weniger als die jährlichen Boni von UBS und CS. Doch lange nicht alle alten Menschen Afrikas erhalten eine solche Rente. Und da die familiären Bande auch in Afrika zerfallen - zum Beispiel wegen der vielen Menschen, die an Aids sterben - bedeutet das Fehlen einer Rente für manche Betagten das Todesurteil.

Gewinne, Boni und Steuern von UBS und Credit Suisse in den Jahren 2006 - 2012 in Mia CHF

	UBS	Credit Suisse	Total
Gewinne 2006 - 2012 total	- 7	34.5	27.5
<i>Darin eingerechnet: Verlust 2008</i>	- 27.4	- 14.9	- 42.3
Boni total	42	35	74
Gewinne und Boni total	35	69.5	104.5
Steuern total	- 3.1	3.7	0.6

Quellen: Gewinne, Steuern: [://www.finanzen.net/bilanz_guv/UBS](http://www.finanzen.net/bilanz_guv/UBS).

Boni: 2009-2011: Vergütungsbericht UBS; alle andern Jahre: Internetrecherche/Zeitungsberichte

Sie spekulieren statt zu investieren

Was aber tun denn eigentlich die Superreichen mit all dem Geld, das sie abzocken? Schokolade kaufen? Schulen einrichten? Neue Unternehmen aufbauen? Mit andern Worten: Konsumieren oder reale Investitionen tätigen? Nein. Sie legen diese Gelder auf den Finanzmärkten an. Damit nehmen die

Überschüsse auf diesen Märkten ein weiteres Mal zu. Denn **in der Finanzwelt hat es viel zu viel Geld**. Diese Geldüberschüsse werden „gierig“ von einer Spekulationsblase zur nächsten getrieben und gefährden damit nicht nur die Stabilität des Finanzsystems, sondern der gesamten Wirtschaft. Aktuelles Beispiel: Seit 2009 investierten die international tätigen Finanzinstitute enorme Summen in windige

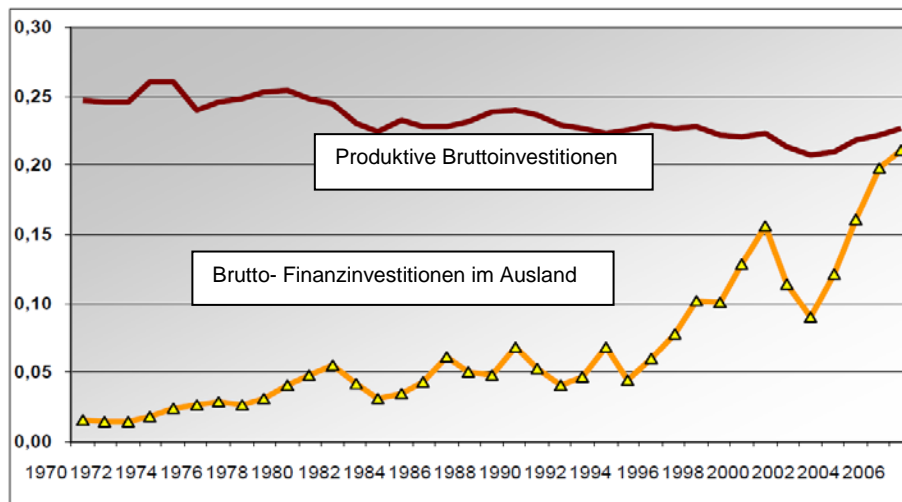
Derivate, die auf Kursveränderungen von Staatspapieren spekulieren. Auf diese Weise wurde die Krise der Staatsfinanzen erst so richtig in Fahrt gebracht.

Hinter den aufgeblähten Finanzmärkten steckt ein grundsätzliches Problem. Ende der 1970er Jahre formulierte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt den berühmten Satz, **die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen**. Der Glaube an diesen Wirkzusammenhang war massgebend für das sozialdemokratische Politik der Nachkriegszeit. Auf ihr fusste der Klassenkompromiss: Die Linke verwaltet den Kapitalismus mit, im Gegenzug werden Löhne und Sozialleistungen sukzessive erhöht. Doch seit der neoliberalen Wende in den 1980er Jahren ist alles anders. Der Anteil der Investitionen in die Realwirtschaft am BIP ist seither tendenziell gesunken. Obwohl die Profite markant angestiegen sind. Wäre es

noch so wie Schmidt meint, so hätten die Investitionen parallel zu den Profiten ansteigen müssen. Doch ein wachsender Teil der Profite geht in die Finanzmärkte. Dies hat dazu geführt, dass die Summe der Finanzvermögen viel rascher gestiegen ist als die Wirtschaftsleistung. Und seither taumelt die Welt von eine Spekulationsblase zur nächsten. Auch zum Satz von Helmut Schmidt braucht es den Gegen-Satz: **Die Gewinne und die Boni von heute sind die Spekulationsblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen**.

Die nachstehende Grafik der UNO veranschaulicht diese Entwicklung. Während der BIP-Anteil der Bruttoinvestitionen in reale Wirtschaftstätigkeit weltweit gesunken ist, ist die Summe der Finanzanlagen rasant angestiegen (in der Grafik repräsentiert durch die Finanzanlagen im Ausland, was statistisch leichter erfassbar ist).

Verhältnis der Brutto-Finanzinvestitionen im Ausland und der produktiven Investitionen in Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes



Quelle: UNO, Medienmitteilung 1.7.2008. Titel: Face aux sévères restrictions de credit, à l'inflation galopante, aux emplois précaires, l'ONU appelle à une nouvelle réflexion sur les politiques pour faire face à l'insécurité économique, Grafik basierend auf den Arbeiten der UNO Development Policy and Analysis Division DESA

Eine weitere Betrachtung ergänzt diesen Befund. Der Unternehmenssektor erzielt seit Jahren erhebliche Überschüsse. Normalerweise müsste es umgekehrt sein: Unternehmen müssten sich verschulden, weil sie Kredite aufnehmen und damit Geschäfte machen, mit

denen sie Gewinne erzielen. Mit einem Teil der Gewinne wiederum bedienen sie die Kredite. Auf diese Weise nehmen die Unternehmen die Ersparnisse der Haushalte auf und führen diese zurück in die Wirtschaftskreisläufe. Doch das ist jetzt alles

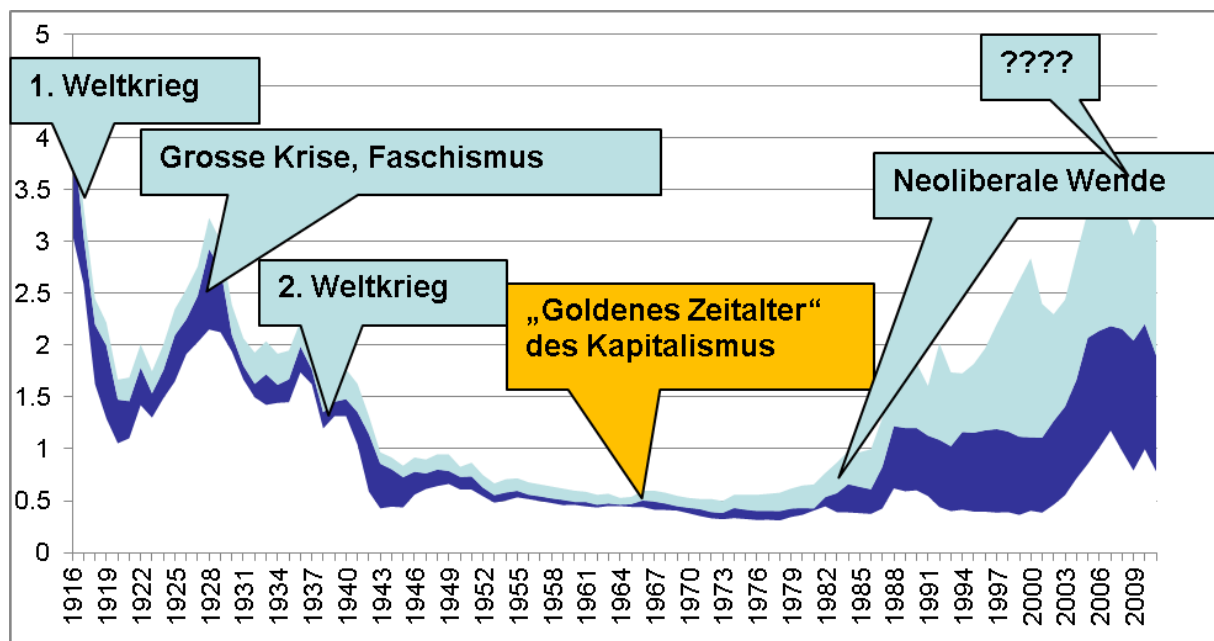
anders. Von 2002-2010 erzielte die Gesamtheit der deutschen Unternehmen jedes einzelne Jahr Überschüsse, in den USA tat dies der Unternehmenssektor in sieben der neun Jahre (2010 zum Beispiel mit 527 Mia \$, das sind 3.6% BIP). Solche Überschüsse müssen volkswirtschaftlich durch eine entsprechende Verschuldung der Staaten und der Privathaushalte ausgeglichen werden, weil die Produkte der Unternehmen sonst keine Abnehmer finden. Doch **statt anständige Löhne zu bezahlen und anständige Steuern abzuliefern behalten die multinationalen Konzerne und Grossbanken viel zu viel Geld in der eigenen Tasche**. Zu recht sagt der Ökonomie Werner Vontobel deshalb, die zu hohen Unternehmensgewinne seien die "Mutter aller Finanzkrisen".

... die Welt retten

Wenn wir nun die Reichtümer der Unternehmen und der Superreichen rückverteilen wollen, dann ist das nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Vielmehr retten wir damit auch die Welt, um es mal pathetisch auszudrücken. Denn Wirtschaftskrisen können sich in ähnlicher Weise steigern, wie dies in der neueren Geschichte schon einmal der Fall war. Das Ergebnis waren zwei Weltkriege, Faschismus, Holocaust, Hiroshima. Die untenstehende Darstellung verdeutlicht dies. Sie zeigt den Anteil der Reichsten 0.01% in Prozent des BIP am gesamten Einkommen der USA im Zeitraum von 1916 bis 2011. Die Grafik macht deutlich, dass grosse Ungleichheit und grosse Krisen zusammenfallen - und das ist wohl kein Zufall. Das "goldene Zeitalter des Kapitalismus" (Eric Hobsbawm) der Nachkriegszeit hingegen zeichnet sich durch ein vergleichsweise geringes Mass an Ungleichheit aus.

Prozentualer Anteil der Top-VerdienerInnen am Gesamteinkommen der USA von 1916 bis 2011

Erfasst sind die reichsten 0.01% aller EinkommensbezügerInnen (in absoluten Zahlen handelt es sich in den USA gegenwärtig um etwas weniger als 20'000 Personen). Interessant ist auch die Herkunft der Einkommen: Weiss sind Kapitaleinkommen, blau Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und hellblau Löhne. Die Grafik zeigt also auch die zunehmende Bedeutung der Boni und der Abzockerlöhne.



Quelle: The World Top Income Database. <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu>

Wenn wir die Rückverteilung der Reichtümer fordern, dann geht es also auch darum, eine neuerliche Periode grosser Krisen abzuwenden. **Wir müssen den gesellschaftlichen Reichtum aus den destruktiven Finanzmärkten herauslösen und die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit zurückholen.** Wir brauchen Mindestlöhne statt Abzock-Gehälter. Wir brauchen gute Pflegeheime statt Boni. Wir brauchen den ökologischen Umbau statt Steuergeschenke an die Superreichen. Wir brauchen Entwicklungsgelder statt Pauschalbesteuerung. Wir müssen allerdings auf dem Boden bleiben. 1:12, Mindestlöhne, Erbschaft- und Pauschalbesteuerung, Bonzensteuer: Wir

werden nicht alle Abstimmungen gewinnen, ja vielleicht auch keine einzige. Denn noch sitzen die bürgerlichen Glaubenssätze tief in den Köpfen. Noch meinen viel zu viele, wir wollten umverteilen. Doch in all diesen Abstimmungskampagnen bieten sich unzählige Gelegenheiten, um zu erklären, **warum wir rückverteilen müssen, warum wir Kinderkrippen statt Boni brauchen und warum wir damit die Welt retten.** Diese Gelegenheiten sollten wir nutzen. Und da uns in einer Ära der Krisen befinden, werden unsere Kernaussagen immer und immer wieder bestätigt. Wenn wir beharrlich und geduldig sind, dann bekommen wir früher oder später die Chance zur Wende.

Weiterlesen

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie: **Zu reich für den Kapitalismus.** Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. April 2010. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf

Hans Baumann, Beat Ringger (Hrsg). **Richtig Steuern.** Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Verlag edition8 Zürich 2011

Hans Baumann, Beat Ringger. **Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen.** Sept. 2012. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf

Beat Ringger. **Masst Euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus.** Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster 2011